18. März 2016

Die drei Landtagswahlen am vergangenen Sonntag haben für die etablierten Parteien fast überall herbe Verluste gebracht. Wir freuen uns, dass die CDU mit Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt weiterhin den Ministerpräsidenten stellen kann. Aber ganz ohne Frage hat das Flüchtlingsthema den Wahlausgang deutlich beeinflusst.

Der Protest, der sich aus Angst und Sorgen der Bürger speist, hat zum Erstarken einer Partei beigetragen, die das Gegenteil unserer Überzeugungen vertritt. Die Antwort darauf muss lauten, die Flüchtlingsproblematik konsequent und vor allen Dingen dauerhaft zu lösen. Der beste und einzig nachhaltige Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist eine europäische Lösung. Hierfür ist die Grundlage in den vergangenen Monaten gelegt worden.

Wir sind nun noch deutlicher gefragt, dass wir uns jetzt auf unsere Stärken besinnen. Die Menschen in Deutschland wollen keinen Streit in der Unions-Familie, sondern sie erwarten zurecht ein entschlossenes und einiges Vorgehen.
Unsere Kernkompetenzen sind gefragt – wir müssen und können beweisen, dass wir kompromisslos für die innere Sicherheit und für eine realistische Integration auf Zeit stehen, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen um den Wert der Religionsfreiheit, wir lehnen aber Parallelgesellschaften, die im Schatten falsch verstandener Toleranz entstehen, ab. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und die „Schwarze Null“. Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen, um Deutschland als Innovationsmaschine zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Während die Landesverbände nun bei der Bildung von neuen Landesregierungen mitwirken, ist es an uns in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unsere Verantwortung für die gesamte Union ernst zu nehmen.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Europäische Rat hat in dieser Woche über weitere Schritte in der Migrations- und Flüchtlingspolitik beraten. Ratspräsident Tusk wurde in der Schlusserklärung vom 7. März beauftragt, die mit der Türkei besprochenen Vorschläge weiter voranzubringen und die Einzelheiten mit der Türkei auszuarbeiten. Der Europäische Rat wird über diese Fortschritte beraten und hierzu am 18. März auch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu zusammentreffen.

Nur durch eine Kooperation aller europäischen Partner kann es gelingen, insbesondere Griechenland zu entlasten und gleichzeitig den ungeordneten Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern. Das Angebot der türkischen Regierung, im Rahmen einer Rücknahmegarantie ein geordnetes Übernahmeverfahren für syrische Flüchtlinge einzurichten, wird insbesondere vor dem Hintergrund der geforderten Gegenleistungen sorgsam zu prüfen sein. Alle Wünsche der Türkei werden wir sicher nicht erfüllen können.

Wenn der Europäische Rat sich verständigt, entsteht dadurch eine nachhaltige Lösung für alle 28 Mitglieder der EU. Das Problem werden wir auf Dauer nicht damit lösen, dass einzelne Staaten Entscheidungen jeweils für sich treffen.

Außerdem geht es im März – wie immer beim Europäischen Rat – um die wirtschaftspolitischen Prioritäten, und es steht die im Frühjahr übliche Befassung mit den länderspezifischen Empfehlungen an.

Ihr

Meine Woche in Berlin

Montag

In der heutigen Sitzung der RVR-Ratsfraktion stellt uns der Geschäftsführer der Ruhr Tourismus GmbH, Axel Biermann, Strukturen und Aufgaben seines Unternehmens vor. Der Auftrag der Ruhr Tourismus GmbH ist es, ein eigenständiges touristisches Regionalprofil zu entwickeln sowie die Bündelung von Produktentwicklung, Marketing und Vertrieb zur Profilierung der Metropole Ruhr als neues und modernes Reiseziel voranzutreiben.

In der heutigen Landesgruppensitzung erstatte ich Bericht zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Ich mache noch einmal deutlich, dass der BVWP den besonderen Bedürfnissen des Verkehrslandes NRW dadurch Rechnung trägt, dass der Anteil NRWs an den Straßenprojekten von 16 auf 19,2 Prozent und damit um ein Fünftel steigt, alle nordrhein-westfälischen Autobahnprojekte im vordringlichen Bedarf belässt und das wichtigste Schienenpersonennahverkehr-Projekt, den Rhein-Ruhr-Express, mit 1,8 Milliarden Euro im vordringlichen Bedarf führt.

Dienstag

In der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur berichte ich heute über einen Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates zu Genehmigungsverfahren und Marktüberwachungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern sowie von Bauteilen für diese Fahrzeuge. Mit diesem Rechtsrahmen soll der freie Verkehr mit Kraftfahrzeugen und deren Anhängern im Binnenmarkt dadurch erleichtert werden, dass zur Erreichung von Umwelt- und Sicherheitszielen harmonisierte Anforderungen erlassen werden.

Welche Rahmenbedingungen werden benötigt, um Straßen effizient zu bauen und zu erhalten? Wie sehen die Investitionsmittel nach 2018 für die Erhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aus? Wie kann eine wirklich langfristige Mittelplanung realisiert werden? Über diese Fragen diskutieren wir bei einer verkehrsinfrastrukurpolitschen Veranstaltung der BP Europe unter anderem mit dem Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Rainer Bomba.

Als Berichterstatter für Lenk- und Ruhezeiten treffe ich mich heute Mittag mit den Berichterstattern der anderen Fraktionen zu einem Gespräch, um über den aktuellen Sachstand zu diskutieren. Derzeit herrscht Rechtsunsicherheit, ob die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit der Fahrer im Fahrzeug verbracht werden darf. In Frankreich und Belgien wird dies schon jetzt sanktioniert. Ziel muss es sein, dass die Fahrer die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit nicht im Fahrzeug verbringen müssen. Dazu wird das Bundesverkehrsministerium mögliche Regelungen mit den Verbänden erörtern. In der anschließenden Fraktionssitzung haben wir intensiv über den Ausgang der vergangenen Landtagswahlen diskutiert. Eins ist dabei klar: Der Kurs der Bundesregierung ist richtig und wird auch von der Mehrheit der Fraktion getragen.

Im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) des Deutschen Bundestags findet heute ein Kennenlernabend, an dem wir die Stipendiaten begrüßen, statt. Ich freue mich auf die Begegnung mit meinem Stipendiaten Türkmen Özmen, der mich von April bis Juli in meinem Büro unterstützen wird. Anschließend hat die Reservistenarbeitsgemeinschaft des Bundestages zu einer Veranstaltung eingeladen. Der Zentralpräsident der Vereinigung ehemaliger Päpstlicher

Die Woche in Bildern

Berichterstattergespräch zum Thema Lenk- und Ruhezeiten
Foto: btr - Eigenes Werk, GFDL 1.2, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?

Mit meinem IPS-Stipendiaten Türkmen Özmen

Der Zentralpräsident der Vereinigung ehemaliger Schweizergardisten Lukas Schnucki

Schweizergardisten, Vizestaatssekretär Lukas Schnucki, berichtet über die Schweizer Garde und ihre Traditionspflege.

Eine der höchsten islamischen Autoritäten, der Großscheich der Kairoer al-Azhar-Universität Ahmad Mohammad al-Tayyeb, ist heute Abend zu Gast im Bundestag und wirbt für einen Dialog der Religionen: er fordert die Muslime in Deutschland auf, gute Bürger und 'gute Botschafter' ihres Glaubens zu sein.

Mittwoch

Nach der heutigen Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur findet eine Anhörung zur Änderung der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung zur Erhöhung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr statt. Das Gesetz soll so geändert werden, dass die Längsneigung von Bahnhofsgleisen bei Neubauten im Regelfall 0,5 Promille nicht überschreitet. Durch technisches oder menschliches Versagen kann es dazu kommen, dass sich stehende Züge im Bahnhof selbständig in Bewegung setzen. Daher sollten Bahnhöfe im Normalfall völlig eben gebaut werden, um ein selbständiges Wegrollen von Zügen dadurch prinzipiell zu verhindern.

Der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans ist da: In einem gemeinsamen Pressegespräch mit dem Landesvorsitzenden der CDU-NRW Armin Laschet stelle ich den Entwurf in Düsseldorf vor. NRW schneidet sensationell ab. 19,2 Prozent aller neuen Mittel für Straßenaus- und -neubauten sind für uns reserviert. Jetzt muss die rot-grüne Landesregierung die Planungen vorantreiben, damit das Geld nicht doch wieder in Bayern landet. Rund 2.000 Projektideen wurden angemeldet und vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bewertet. Das Gesamtvolumen des BVWP beträgt 264,5 Mrd. €. Nach der neu eingeführten sechswöchigen Beteiligung der Öffentlichkeit und deren Auswertung folgt dann der Beschluss im Kabinett.

Die Fitnessinitiative Deutschland hat zu einem parlamentarischen Abend eingeladen. Hintergrund ist das im letzten Jahr verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention. Schön, hier einen alten Bekannten aus der Heimat zu treffen: Olaf Thon referiert zum Thema „Muskeltraining“.

Donnerstag

Das Kommissariat der Deutschen Bischöfe hat auch in diesem Jahr zur Fastenzeit zu einem Gottesdienst eingeladen. Gemeinsam mit uns feiert Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck, der auch Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ist, diesen Gottesdienst.

Welche großen Straßenbauprojekte im Ruhrgebiet werden den nächsten Jahren in Angriff genommen? Auch unsere Sitzung der AG Ruhrgebiet steht ganz im Zeichen des Bundesverkehrswegeplans. Gemeinsam diskutieren und besprechen wir die Projekte, die in unserer Region Priorität haben. Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Somalia beteiligen. Das Land bleibt trotz politischer wie auch struktureller Fortschritte ein fragiler Staat und ist auf Unterstützung und Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Nach der Debatte stimmen wir namentlich über eine Verlängerung des Mandats ab.

In einer erneuten Sitzung der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur zum Bundesverkehrswegeplan diskutieren wir in einer ersten Aussprache über den Entwurf des Bundesverkehrswegeplan. Außerdem wird das Projektinformationssystem PRINS vorgestellt. Hier werden Ergebnisse der Projektbewertung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Internet dargestellt. Auch unsere Bundestagsfraktion hat sich dem Bundesverkehrswegeplan gewidmet. In der heutigen Sitzung gibt es die Möglichkeit, sich noch einmal umfassend über den gesamten Prozess zu informieren.

Freitag

Ein von der Bundesregierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe wird heute morgen in erster Lesung beraten. Ziel der geplanten Änderungen ist es, die verschiedenen Pflegeberufe weiter zu entwickeln. So soll die Qualität in der Ausbildung erhöht werden. Außerdem soll der Pflegeberuf für Auszubildende attraktiver werden. Dafür ist geplant, die bisherigen drei Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu reformieren und zu einer neuen einheitlichen Pflegeausbildung zusammenzuführen.

Nach der Vorstellung des Bundesverkehrswegeplans am Mittwoch treffen sich dann zum Abschluss der Sitzungswoche die Vertreter der B-Länder (die unionsgeführten Bundesländer), die Mitglieder der AG Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zu einem sogenannten B-Länder-Treffen. Das Treffen soll die Möglichkeit bieten, über die Schwerpunkte des Entwurfs und die dann in Kürze beginnende Öffentlichkeitsbeteiligung zu informieren.

Die Woche in Bildern

Ahmad Mohammad al-Tayyeb Großscheich der Kairoer al-Azhar-Universität zu Gast im Bundestag

Treffen der AG Ruhrgebiet

Der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans: NRW schneidet sensationell ab

Innovative Arbeitsforschung für eine Humanisierung unserer Arbeitswelt und mehr Beschäftigung

Die Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel etwa mit Blick auf die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Um Antworten und Lösungen auf die wegweisenden Fragen für die Arbeitswelt von morgen zu finden, ist eine gut aufgestellte, fundierte und umfänglich finanzierte Arbeitsforschung unverzichtbar. Aus diesem Grund unterstützen wir das vom BMBF angekündigte Rahmenprogramm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“, für das rund eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2020 bereitstehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Programms zeitnah vorzunehmen, die Einbindung verschiedener Netzwerke, Plattformen und Initiativen in Bund und Ländern zu gewährleisten und Fragen der Arbeitsforschung auf europäischer Ebene stärker zu fördern. Entscheidend ist weiterhin, dass mit dem Programm eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme erreicht werden kann, wie sich die Digitalisierung und vernetzte Automatisierung auf die Arbeitswelt, auf die Beschäftigten und die Beschäftigung in Deutschland auswirken werden.

Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus

Vor allem in den Ballungsgebieten ist es aufgrund der gestiegenen Wohnungsnachfrage und steigenden Mieten für immer mehr Haushalte schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Wir haben daher in erster Lesung die Einführung einer zeitlich befristeten Sonderabschreibung in Höhe von insgesamt 35 Prozent für Neubauten mit Bauanträgen in den Jahren 2016 bis 2018 beraten. Dadurch soll der private Mietwohnungsneubau im unteren und mittleren Preissegment in Gebieten mit angespannter Wohnungslage gefördert werden.

Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

In erster Lesung haben wir die Neueinteilung der Bundestags-Wahlkreise diskutiert. Weicht die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise um mehr als 25 Prozent ab, ist eine Neubegrenzung vorzunehmen.

Wir haben uns dabei mit den anderen Fraktionen des Bundestages darauf geeinigt, nur die rechtlich unabweisbar notwendigen Änderungen vorzunehmen, um die gewachsenen Strukturen und Zusammenhänge vor Ort so weit wie möglich zu berücksichtigen. Das führt dazu, dass Bayern einen zusätzlichen Wahlkreis erhält und Thüringen einen Wahlkreis verliert.

Regierungserklärung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor dem Bundestag eindringlich für eine Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Türkei geworben, um die Flüchtlingskrise dauerhaft zu lösen. In ihrer Regierungserklärung sagte Merkel, das es Europa gelingen müsse, „die Zahl der Flüchtlinge spürbar und dauerhaft zu reduzieren“.

Mit Blick auf die Schließung der Balkan-Route warnte sie vor „Scheinlösungen“, die lediglich an den Symptomen und nicht an den Ursachen ansetzten. Was die Verhandlungen mit der Türkei angeht, so sicherte sie zu, es werde „keine Abstriche an unseren eigenen Prinzipien geben“. Merkel bezeichnete die Flüchtlingsfrage als "größte Herausforderung seit Jahrzehnten", die "uns allen sehr viel abverlangt". Der Umgang mit der Flüchtlingsfrage werde Europa und Deutschland für Jahrzehnte prägen, er müsse gemeinsam gemeistert werden. Auf allen Ebenen müsse an dauerhaften Lösungen gearbeitet werden.

Foto:Tobias Koch

Daten und Fakten

Lohnungleichheit steigt seit 2010 nicht mehr

Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Prof. Dr. Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Der Trendbruch erfolgte also nicht erst mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im letzten Jahr, sondern bereits ein halbes Jahrzehnt zuvor. Erhielten Spitzenverdiener zu Beginn der 90er Jahre etwa doppelt so viel wie Personen mit niedrigem Einkommen, stieg der Unterschied ab 1995, also acht Jahre vor den Hartz-Reformen, bis 2010 etwa auf das Zweieinhalb- bis Dreifache an. Dies betraf Frauen und Männer in Ost und West gleichermaßen. Vor allem Hochqualifizierte mit Berufserfahrung wurden begünstigt, während die Geringqualifizierten auf der Verliererseite standen. Seit 2010 stagnieren die Werte der Lohnungleichheit bei westdeutschen Männern, bei Frauen und ostdeutschen Männern sind sie sogar leicht rückläufig. Insbesondere die Entlohnungsunterschiede zwischen Firmen nehmen seither nicht mehr zu. Die Forschungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass dies auf die Einführung der branchenspezifischen Mindestlöhne zurückgeführt werden kann. Das geänderte Arbeitnehmer-Entsendegesetz trat 2009 in Kraft.

(Quelle: IAB Discussion-Paper 9/2016)

Passagierzahl auf Rekordhoch

Im Jahr 2015 flogen insgesamt 85,1 Millionen Personen von deutschen Flughäfen in das Ausland – eine Steigerung von +3,5 Millionen Fluggästen im Vergleich zum Jahr 2014. Damit setzt sich der seit dem Jahr 2010 zu beobachtende Wachstumstrend fort: 2015 lag die Zuwachsrate bei Flugreisen in das Ausland bei 4,3 Prozent. In den Vorjahren lag diese bei 3,4 Prozent und 2,0 Prozent. Etwa 75 Prozent der Auslandsflugreisen hatten im Jahr 2015 europäische Flughäfen zum Ziel (63,4 Millionen Passagiere). Auch Amerika ist mit 9 Millionen Fluggästen eines der beliebtesten Reiseziele (+2,3 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014). Ein signifikant hoher Anstieg der Fluggastzahlen lässt sich bei Flügen nach Asien konstatieren: Mit einem Zuwachs von +8,1 Prozent flogen 2015 erstmals mehr Personen nach Asien als nach Amerika. Der internationale Terrorismus lässt dabei auch die Tourismusbranche nicht kalt: Einen besonders starken Rückgang der Fluggastzahlen verzeichnet dabei Tunesien (-35,6 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

So erreichen Sie mich:

In Berlin:

Oliver Wittke MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 77088
Fax: 030 227 76088
Mail: oliver.wittke@bundestag.de

In Gelsenkirchen:

Oliver Wittke MdB
Munckelstraße 15
45879 Gelsenkirchen
Telefon: 0209 91328915
Fax: 0209 91328919
Mail: oliver.wittke@bundestag.de

Besuchen Sie mich auch im Web unter:

www.oliver-wittke.com

oder auf

www.facebook.com/oliver.wittke.de

Publikationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

an dieser Stelle möchten ich Sie auf aktuelle Publikationen der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Deutschen Bundestages** sowie der **Konrad-Adenauer-Stiftung hinweisen**. Die Broschüren können Sie auf **dieser Seite** herunterladen.

Aktuelle Publikationen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kommunal relevant Februar 2016

Halbzeit - Eine Zwischenbilanz der großen Koalition

Für die Sicherheit unserer Bürger - Kriminalität entschlossen bekämpfen

Aktuelle Publikationen des Deutschen Bundestages

Fakten - Der Bundestag auf einen Blick

Ein Rundgang durch das Parlament

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastrukur

Verkehr und Mobilität in Deutschland

Aktuelle Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Enzyklika Laudato Si von Papst Franziskus

Zielland Deutschland Hintergründe zu Flüchtlingen und Einwanderern

Gerne senden wir Ihnen die Publikationen auch per Mail oder per Post zu.

Kontaktieren Sie mich einfach unter:

oliver.wittke@bundestag.de

oder telefonisch unter:

030 227 77087

Weitere Publikationen erhalten sich auch unter:

- https://www.cducsu.de/publikationen
- https://www.btg-bestellservice.de/
- http://www.bmvi.de/DE/Service/Publikationen/publikationen_node.html